

Heiko Haumann

Utopie einer herrschaftsfreien Gesellschaft und Praxis gewalthafter Verhältnisse

Offene Fragen zur Erforschung der Frühgeschichte Sowjetrußlands (1917-1921)

I. DIE GEGENWÄRTIGE DISKUSSION

Mit den Anläufen zur Reform der sowjetischen Gesellschaft, die die neue Parteiführung um Michail S. Gorbačev seit 1985 einleitete und die mit den Leitbegriffen »perestrojka« (Umbau) und »glasnost'« (Durchsichtigkeit) verbunden sind, setzte auch eine faszinierende Geschichtsdiskussion ein, die ihresgleichen sucht. Die Aufarbeitung der Vergangenheit, für die es nach Gorbačevs Wort vom 14. Februar 1987 keine »weißen Flecken« mehr geben dürfe, ging zunächst von der Publizistik, der Schönen Literatur, dem Film und anderen künstlerischen Bereichen aus, erfaßte dann jedoch zunehmend die Geschichtswissenschaft selbst. Intensiv wurden nun bisherige Tabus der Historiographie untersucht. Das Spektrum der Diskussionsteilnehmer reichte dabei von konservativen Verteidigern des eingeschlagenen Entwicklungsweges über Anhänger einer konsequenten Reform des Sozialismus – «Die Wahrheit über die Geschichte ist eine Quelle unserer Kraft» überschrieb eine Historikergruppe ihr Manifest vom 24. April 1988 – bis hin zu Befürwortern einer grundsätzlichen Neuorientierung. Diese Tendenz gewann nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion an Gewicht.¹

Anfangs stand die leidvollste Periode der sowjetischen Geschichte, der Stalinismus, im Mittelpunkt der Geschichtsdiskussion – der Terror und seine Opfer, die Begleitumstände von beschleunigter Industrialisierung und Kollektivierung, die Auswirkungen auf die internationale kommunistische Bewegung, der Zweite Weltkrieg, die Person Stalins, das Funktionieren des Systems. Sie dehnte sich rasch aus auf die Nationalitätenproblematik, die Oktoberrevolution, die Person Lenins und schließlich auch auf die Frühgeschichte Sowjetrußlands, die Zeit zwischen 1917 und 1921. Dies folgte zwangsläufig aus der Beschäftigung mit dem Stalinismus: Waren die Strukturen jener Periode schon in der ersten Phase der kommunistischen Herrschaft, namentlich im »Kriegskommunismus« mit seinen gewalthaften Prozessen, angelegt? Oder müssen diese Zeiten grundsätzlich voneinander unterschieden werden, bestehen bestenfalls auf der Oberfläche Verbindungslinien? Damit war zunächst die wichtige politische Frage verbunden, ob bei den Überlegungen, nach der Erstarrung des Systems von innen her einen neuen Anlauf zur Gestaltung eines sozialisti-

¹ Vgl. – mit weiteren Hinweisen – Gert Meyer (Hrsg.), *Wir brauchen die Wahrheit. Geschichtsdiskussion in der Sowjetunion*, 2. Aufl., Köln 1989 (das Manifest von 1988 S. 305-307); Dietrich Geyer (Hrsg.), *Die Umwertung der sowjetischen Geschichte*, Göttingen 1991; Robert W. Davies, *Perestrojka und Geschichte. Die Wende in der sowjetischen Historiographie*, München 1991. Das Zitat von den »weißen Flecken« bei Bernd Bonwetsch, *Die Bewältigung der Vergangenheit. Geschichts- und Gesellschaftswissenschaften in der »Perestrojka«*, in: Margareta Mommsen/Hans-Henning Schröder (Hrsg.), *Gorbatschows Revolution von oben. Dynamik und Widerstände im Reformprozeß der UdSSR*, Frankfurt/Main etc. 1987, S. 74-88, hier S. 77.

schen Systems zu unternehmen, an Ansätzen aus der Oktoberrevolution und den ersten Jahren danach angeknüpft werden könne, oder ob die gesamte Entwicklung seit 1917 »abgeschrieben« werden müsse. Solche Gedankengänge sind seit 1991 in den Hintergrund getreten, werden aber möglicherweise wieder aufgegriffen werden.

Im einzelnen wurde der »Kriegskommunismus« daraufhin untersucht, ob hier der Ursprung von beschleunigter Industrialisierung, durchgängiger Kollektivierung und Terror liege. Dabei spielte auch eine Rolle, ob er – ähnlich wie die Vorgänge von 1929 – als eine »Flucht nach vorn« zu interpretieren sei, als hilf- und konzeptionslose Reaktion auf eine fast aussichtslose Situation. In Weiterführung einer früheren Minderheitenposition in der sowjetischen Forschung wandten einige Historiker dagegen ein, es habe sich eher um den bewußten Versuch gehandelt, die Ideen und Theorien von Marx und Engels mehr oder weniger wörtlich in die Praxis umzusetzen und den unmittelbaren Übergang zum Kommunismus anzustreben.² Des weiteren stand im Mittelpunkt der kontroversen Erörterungen, wie die Anwendung von Gewalt zu beurteilen sei. Thematisiert wurden etwa die Verjagung der Verfassunggebenden Versammlung im Januar 1918, die Einstellung der Bolschewiki zur Demokratie, die Haltung der Kommunisten gegenüber anderen Parteien wie gegenüber den Massenbewegungen der Zeit, schließlich die Frage nach der Verantwortung für den Ausbruch des Bürgerkrieges – der immer häufiger nun »Bruderkrieg« genannt wurde –, der Bauernaufstände und des Konfliktes zwischen der Machno-Bewegung und den Bolschewiki.

Einen hohen Stellenwert – auch bei den bereits angesprochenen Themen – nahmen Studien über das Verhältnis zwischen sozialökonomischen Bedingungen und bewußtem politischen Willen ein. Gerieten die Bolschewiki durch Weltkrieg und Bürgerkrieg, durch den Verfall der Wirtschaft und die sozialen Veränderungen in derartige Zwänge, daß sie von ihren ursprünglichen Zielen abrücken mußten, aber doch versuchten, durch das Konzept des unmittelbaren sozialistischen Aufbaus diese nicht aus den Augen zu verlieren und die Initiative wiederzugewinnen? Oder begünstigten die Zustände eine ohnehin vorhandene Absicht, die demokratischen Kräfte zurückzudrängen, nicht die »Diktatur des Proletariats«, sondern die Diktatur einer kleinen Führungsgruppe, ja eine »asiatische« Herrschaftsform zu errichten? Damit waren auch theoretische Überlegungen zu angemessenen Kategorien für diese Zeit angesprochen, nachdem nicht mehr von einer »Übergangsgesellschaft« gesprochen werden konnte. Die meisten dieser Untersuchungen konnten neue Forschungsergebnisse vorlegen. Ihre Argumente wurden jedoch häufig – verständlicherweise in der aktuellen Situation – durch emotional aufgeladene, moralisch nach der »Schuld« fragende Formulierungen überdeckt.³

Grundsätzlich unterscheiden sich die Themen der westlichen Forschung zur Periode zwischen 1917 und 1921 nicht mehr von denjenigen, die in der Sowjetunion nach 1985 und dann in deren Nachfolgestaaten bearbeitet werden. Auch hier wird die Frage gestellt, ob die Oktoberrevolution letztlich nur »ein verhängnisvoller Zufall« gewesen sei, wie es Leszek Kolakowski zugespitzt formuliert hat: Soll man denn so tun, »als ob nichts geschehen wäre«, »ganz von vorne [...] beginnen«, oder – wie er meint – die 70 Jahre sowjetischer Herrschaft »nicht einfach als verschwendet bezeichnen« und sich der Geschichte stellen? »Man kann die Vergangenheit zwar verfluchen, verleugnen aber kann man sie nicht.«⁴

2 Vgl. meine Auseinandersetzung mit den früheren Positionen: »Kriegskommunismus« oder unmittelbarer Aufbau des Sozialismus?, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 23, 1975, S. 97-104.

3 Im einzelnen hierzu Eberhard Müller, Blick zurück im Zorn?! Bürgerkrieg, Kriegskommunismus und Neue Ökonomische Politik, in: Geyer, S. 75-102.

4 Leszek Kolakowski, Ein verhängnisvoller Zufall. Über die russische Revolution, in: Neue Zürcher Zeitung Nr. 19, 25. 1. 1993, S. 15.

Ähnlich wie bei den neuen Ansätzen in Rußland wollen auch die Wissenschaftler im Westen herausfinden, ob der Stalinismus von Anfang an angelegt gewesen sei, ob die Politik in den ersten Jahren nach der Oktoberrevolution eher auf die sozialen und ökonomischen Umstände reagiert habe oder sich doch von einer bewußten Strategie und Konzeption habe leiten lassen. Anders aber besteht im Westen weniger die Notwendigkeit, sich mit dem moralischen Problem der Schuld zu belasten – obwohl es hin und wieder durchaus derartige Tendenzen gibt.⁵ Eine Reihe von Arbeiten ist bestrebt, sich nicht auf den Bezugspunkt Stalinismus zu fixieren, sondern – wie dies etwa schon für die »Marburger« Forschungen zwischen 1965 und 1974 galt⁶ – die Offenheit oder Ambivalenz der Entwicklung jener Zeit darzulegen. Teilweise wird sogar – entgegen dem Trend – der Anlauf, eine sozialistische Gesellschaft zu errichten, mit Sympathie begleitet und als möglicher Anknüpfungspunkt für neue Versuche gesehen: »The story of the city in those seventy years awaits the telling, and by a new generation of its own historians. To them, but not to them alone, this book is dedicated, although the author's sympathies with socialism will attract little support from a generation reacting against its tarnished image. It is also written in memory of those who tried to find the path to socialism, and in memory of those who suffered as the attempt failed. It is for those who were striving, in 1990, to secure a democratic future and, finally, it is for those who, at a future date, will find the way to create a socialist society in which bread and justice are taken for granted, and all its members are equally valued.«⁷

Herausgefordert durch den Umbruch in Osteuropa und die dadurch entstandenen Fragestellungen, hat sich eine Anzahl Forschungen den Ausprägungen von Gewalt und dem Abbau von Demokratie, der Rolle der Kommunistischen Partei, auch im Verhältnis zu an-

5 Als Beispiele für die genannten Fragen vgl. Äußerungen in einer der wichtigsten Neuerscheinungen zur hier behandelten Periode: *Diane P. Koenker/William G. Rosenberg/Ronald Grigor Suny* (Hrsg.), *Party, State, and Society in the Russian Civil War. Explorations in Social History*, Bloomington etc. 1989, S. XI (Hrsg.), S. 385-398 (*Sheila Fitzpatrick, The Legacy of the Civil War*).

6 *Richard Lorenz*, Anfänge der bolschewistischen Industriepolitik, Köln 1965; *Walter Pietsch*, Revolution und Staat. Institutionen als Träger der Macht in Sowjetrußland 1917-1922, Köln 1969; *Falk Döring*, Organisationsprobleme der russischen Wirtschaft in Revolution und Bürgerkrieg 1918-1920, dargestellt am Volkswirtschaftsrat für den Nordrayon (SNChSR), Hannover 1970; *Uwe Brüggemann*, Die russischen Gewerkschaften in Revolution und Bürgerkrieg 1917-1919, Frankfurt/Main 1972; *Gert Meyer*, Studien zur sozialökonomischen Entwicklung Sowjetrußlands 1921-1923. Die Beziehungen zwischen Stadt und Land zu Beginn der Neuen Ökonomischen Politik, Köln 1974; *Heiko Haumann*, Beginn der Planwirtschaft. Elektrifizierung, Wirtschaftsplanung und gesellschaftliche Entwicklung Sowjetrußlands 1917-1921, Düsseldorf 1974.

7 *Mary McAuley*, Bread and Justice. State and Society in Petrograd 1917-1922, Oxford 1991.

deren Parteien und Organisationen⁸, und der Entwicklung der Wirtschaft zugewandt.⁹ Der Blick richtet sich inzwischen nicht mehr nur »von oben« auf die jeweiligen Verhältnisse, sondern auch »von unten« und »von innen« auf lokale Veränderungen¹⁰, kulturelle Formen, Menschenbilder, Volksreligiosität und Verhalten von Menschen, nicht zuletzt von Frauen.¹¹ Einige Bereiche sollen im folgenden exemplarisch behandelt werden.

-
- 8 Hier und in den folgenden Anmerkungen weise ich – abgesehen von bereits genannten Titeln – auf eine Auswahl von Publikationen aus den letzten Jahren hin (der frühere Forschungsstand ist zusammengefaßt bei *Helmut Altrichter*, Staat und Revolution in Sowjetrußland 1917-1922/23, Darmstadt 1981; *Heiko Haumann*, Sozialismus als Ziel: Probleme beim Aufbau einer neuen Gesellschaftsordnung (1918-1928/29) bzw. Die Wirtschaft, beide in: *Gottfried Schramm* (Hrsg.), Handbuch der Geschichte Rußlands, Bd. 3: 1856-1945. Von den autokratischen Reformen zum Sowjetstaat, 1. Halbbd., Stuttgart 1983, S. 623-780, bzw. 2. Halbbd., Stuttgart 1992, S. 1193-1297; *Helmut Altrichter* (Hrsg.), Die Sowjetunion. Von der Oktoberrevolution bis zu Stalins Tod, Bd. 1: Staat und Partei, München 1986; *Eberhard Müller/Hans-Henning Schröder* (Hrsg.), Partei, Staat und Sowjetgesellschaft. Sozialgeschichtliche Aspekte politischer Macht. Dokumente 1917-1941, Tübingen 1993; *Dittmar Dahlmann*, Land und Freiheit. Machnovščina und Zapatismo als Beispiele revolutionärer Bewegungen, Stuttgart 1986; *E. A. Rees*, State Control in Soviet Russia. The Rise and Fall of the Workers' and Peasants' Inspectorate, 1920-34, Houndmills etc. 1987; *V. N. Brovkin* (Hrsg.), Dear Comrades. Menshevik Reports on the Bolshevik Revolution and the Civil War, Stanford 1991; *Ronald Kowalski*, The Bolshevik Party in Conflict. The Left Communist Opposition of 1918, Houndmills etc. 1991.
- 9 *Helmut Altrichter/Heiko Haumann* (Hrsg.), Die Sowjetunion. Von der Oktoberrevolution bis zu Stalins Tod, Bd. 2: Wirtschaft und Gesellschaft, München 1987; *Stephan Merl* (Hrsg.), Sowjetmacht und Bauern. Dokumente zur Agrarpolitik und zur Entwicklung der Landwirtschaft während des »Kriegskommunismus« und der Neuen Ökonomischen Politik, Berlin 1993; *Alex G. Cummins*, The Road to NEP, the State Commission for the Electrification of Russia (GOELRO): A Study in Technology, Mobilization, and Economic Planning, Ann Arbor 1992; *Wolfgang Levermann*, Kommunismus und Kapital. Das russische Bank- und Industriekapital in der Wirtschaftspolitik der Bolschewiki 1917/18, Melsungen 1989; *William B. Husband*, Revolution in the Factory. The Birth of the Soviet Textile Industry 1917-1920, Oxford 1990; *Lars T. Lih*, Bread and Authority in Russia, 1914-1921, Berkeley etc. 1990; *Jonathan Coopersmith*, The Electrification in Russia, 1880-1926, Ithaca etc. 1992.
- 10 *William J. Chase*, Workers, Society, and the Soviet State: Labor and Life in Moscow, 1918-1928, Urbana 1987; *Isabel A. Tirado*, Young Guard! The Communist Youth League, Petrograd 1917-1920, New York etc. 1988; *Richard Sakwa*, Soviet Communists in Power. A Study of Moscow during the Civil War, 1918-21, Houndmills etc. 1988; *Orlando Figes*, Peasant Russia, Civil War. The Volga Countryside in Revolution (1917-1921), Oxford 1989; *T. H. Friedgut*, Iuzovka and Revolution, Bd. 1: Life and Work in Russia's Donbass, 1869-1924, Princeton 1989.
- 11 *Abbott Gleason/Peter Kenez/Richard Stites* (Hrsg.), Bolshevik Culture. Experiment and Order in the Russian Revolution, Bloomington 1985; *Richard Stites*, Revolutionary Dreams. Utopian Vision and Experimental Life in the Russian Revolution, Oxford 1989; *Lynn Mally*, Culture of the Future. The Proletkult Movement in Revolutionary Russia, Berkeley 1990; *Gabriele Gorzka*, Arbeiterkultur in der Sowjetunion. Industriearbeiter-Klubs 1917-1929. Ein Beitrag zur sowjetischen Kulturgeschichte, Berlin 1990; *Kristine von Soden* (Hrsg.), Lust und Last. Sowjetische Frauen von Alexandra Kollontai bis heute, Berlin 1990; *Barbara Evans Clements*, Baba and Bolshevik. Russian Women and Revolutionary Change, in: Soviet Union 12, 1985, S. 161-184; *Stefan Plaggenborg*, Volksreligiosität und antireligiöse Propaganda in der frühen Sowjetunion, in: AfS 32, 1992, S. 95-130; *ders.*, Menschenbilder und kulturelle Praxis in Sowjetrußland zwischen Oktoberrevolution und Stalinismus, unveröffentl. Habil.-Schrift, Freiburg 1993; *James von Geldern*, Bolshevik Festivals, 1917-1920, Berkeley etc. 1993.

II. BASIS UND PARTEIFÜHRUNG

Immer wieder hat es Verwunderung hervorgerufen, warum im Dekret über die Nationalisierung der Großindustrie vom 28. Juni 1918 verfügt wurde, die verstaatlichten Firmen vorerst an die früheren Besitzer unentgeltlich zu verpachten und ihnen die Verfügung über die Gewinne in der bisherigen Weise zu garantieren. Auch die Direktoren und das übrige Leitungspersonal sollten ein Gehalt im gleichen Umfang wie vor der Nationalisierung erhalten. Dies erschien nicht nur naiv, sondern angesichts der klassenkämpferischen Politik der Bolschewiki ausgesprochen merkwürdig. Unterdessen wissen wir, daß sich derartige Absichten in eine konzeptionelle Linie, die in der Parteiführung vertreten wurde, einordnen lassen. Ihre Anhänger hatten bereits kurz nach dem Oktoberumsturz von 1917 Pläne für eine zentralistische Wirtschaftsverfassung vorgelegt und erörtert, die institutionelle Ansätze aus der zaristischen Kriegswirtschaft aufgriffen und im Interesse eines reibungslosen wirtschaftlichen Wiederaufbaus einen vollständigen Bruch mit den Betriebsleitern und Fachleuten vermeiden wollten. Obwohl diese Kräfte anfänglich in der Minderheit waren und bestenfalls Kompromißlösungen erreichten, konnten sie doch in einigen Regionen und Gremien ihre Auffassung in die Praxis umsetzen. So erhielten die Unternehmer, die sich organisatorisch neu formiert hatten, Zugang zu einigen Volkswirtschaftsräten. In Moskau beteiligten sie sich auf der Basis einer Drittelparität am dortigen Wirtschaftskomitee. Ebenso arbeiteten in den Hauptverwaltungen (glavki) der Volkswirtschaftsräte Vertreter des Staates, der Gewerkschaften und der Unternehmer zusammen. Projekte gemischt staatlich-privater Trusts wurden für einige Industriezweige der Nationalisierung entgegengestellt.

Als sich seit Anfang 1918 die Wirtschaftslage drastisch verschlechterte, der Abschluß des Friedensvertrages von Brest-Litovsk mit dem Deutschen Reich am 2. März 1918 eine weitere schwerwiegende ökonomische Einbuße bedeutete und die Popularität der Bolschewiki zusehends verfiel, gewannen die Befürworter eines »staatskapitalistischen« Weges an Boden. Während der Versuch, die bereits im Dezember 1917 verstaatlichten Banken wieder zu denationalisieren, um die entstandenen Geld- und Kreditprobleme zu lösen und den versiegenden Kapitalzufluß neu zu beleben, noch verhindert werden konnte, gingen nun die Projekte gemischt staatlich-privater Trusts in eine konkrete Verhandlungsphase; die Realisierung schien greifbar nahe. Letztlich scheiterten jedoch all diese Bestrebungen. Verantwortlich dafür waren gewiß auch die zu hohen Forderungen der Unternehmer, der Widerstand konkurrierender Fabrikanten und die entschlossene politische Gegnerschaft der »Linken Kommunisten«, die den unmittelbaren Aufbau des Sozialismus mit sozialistischen Methoden, ohne Umweg über einen »Staatskapitalismus«, verlangten. Als ganz entscheidend erwies sich die Haltung der Arbeiter. Sie hatten seit der Revolution in einer »rotgardistischen Attacke auf das Kapital«, wie es Lenin nannte, viele Unternehmen enteignet und die Verwaltung in eigene Hände übernommen. In der verbreiteten Begeisterung über den revolutionären Elan des Proletariats verstärkte sich die Hoffnung, es könne doch möglich sein, sehr rasch die Wirtschaftsverwaltung auf der Grundlage des Rätessystems umzugestalten, schneller als gedacht die Bourgeoisie auszuschalten und den Sozialismus zu verwirklichen.

Jetzt, in einer ökonomisch wie politisch kritischer gewordenen Situation, war offenbar nach wie vor ein großer Teil der Arbeiter nicht bereit, hinter das Erreichte zurückzufallen. Sie wollten die Oktoberrevolution nicht gemacht haben, um dann doch die Kapitalisten behalten zu müssen. Ihre Einstellung, auch gegenüber den Verhandlungen über »staatskapitalistische« Trusts, verliehen sie selbst durch Streiks Nachdruck. Dies stärkte die Position der »Linken Kommunisten«, die sich dann mit ihren Vorschlägen auf dem Ersten Kongreß der Volkswirtschaftsräte, der Ende Mai 1918 zusammentrat, weitgehend durchsetzen

konnten. Damit wurde der Versuch, den Sozialismus auf unmittelbarem Weg zu erreichen, zur Grundlage der Politik. Als zentrale Voraussetzung für eine dementsprechende Wirtschaftsverfassung galt die Nationalisierung der Großindustrie. Insofern war das Dekret vom Juni 1918 folgerichtig, wenngleich der Zeitpunkt seines Erlasses von verschiedenen aktuellen Umständen abhing. Daß in ihm die Tür für eine Zusammenarbeit mit den Unternehmen offen blieb, weist auf fortbestehende Meinungsverschiedenheiten über die innerbetriebliche Organisation hin. Eine Reihe von Kommunisten gab, obwohl sie die neue politische Richtung zunächst einmal akzeptierten, die Hoffnung nicht auf, doch noch zu einer Übereinkunft mit den Unternehmen und den »bürgerlichen« Wirtschaftsspezialisten zu gelangen. Anscheinend schätzten sie die Fähigkeit, aus eigener Kraft ein neues Organisationssystem zu schaffen und eine wirtschaftliche Erholung einzuleiten, verhältnismäßig gering ein. Der weitere Verlauf des Bürgerkrieges machte all diese Überlegungen hinfällig. Doch über die Heranziehung der »bürgerlichen« Spezialisten und über die Form der Betriebsleitung sollten schon bald wieder Konflikte aufbrechen. Mit dem Übergang zur Neuen Ökonomischen Politik (NÉP) 1921 wurde dann den »linken« Konzepten eindeutig eine Absage erteilt. Wenn auch die NÉP keineswegs die geradlinige Fortsetzung der »staatskapitalistischen« Experimente von 1917/18 darstellte, ist die Kontinuität mancher Ansätze nicht zu übersehen.¹²

Die politischen Denkmuster bei denjenigen Kommunisten, die in diesen Debatten und Entscheidungsvorgängen eine Rolle spielten, verdienen eine genauere Betrachtung. Wodurch waren sie geprägt? Wie entwickelten sie sich? In welcher Weise nahmen diese Personen die Vorgänge nach dem Umsturz von 1917 wahr? Welche Absichten und Zielvorstellungen bestimmten sie? Desgleichen müssen die »Milieus« und Lebenswelten der Unternehmer und Arbeiter vertiefter erforscht werden, wenngleich einige Lokalstudien bereits interessante Aufschlüsse über Lebensverhältnisse sowie Denk- und Verhaltensweisen von Arbeitern vermitteln.¹³ Auf diese Weise können die Hintergründe der Entwicklung in den ersten Jahren der Sowjetmacht noch deutlicher werden. Nicht zuletzt ist das Verhältnis der Unternehmer und Arbeiter zur politischen Führung genauer zu bestimmen. Jedenfalls muß festgehalten werden, daß die Arbeiter – oder zumindest ein aktiver Teil von ihnen – in einem hohen Maße zu einer einschneidenden Weichenstellung im Frühsommer 1918 beitrugen.

12 Ausführlich dazu *Levermann*. Vgl. schon *Lorenz*, Anfänge (auch die übrigen in Anm. 6 genannten Arbeiten sind heranzuziehen); *ders.*, Wirtschaftspolitische Alternativen der Sowjetmacht im Frühjahr und Sommer 1918, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 15, 1967, S. 209-236. Zur zaristischen Kriegswirtschaft und den Institutionen, die teilweise den Umsturz von 1917 überdauerten, *Heiko Haumann*, *Kapitalismus im zaristischen Staat 1906-1917. Organisationsformen, Machtverhältnisse und Leistungsbilanz im Industrialisierungsprozeß*, Königstein 1980. Zur Beurteilung der gesellschaftlichen Grundkonzeptionen und der Wirtschaftspolitik vgl. meinen in Anm. 2 zitierten Artikel sowie meinen Aufsatz: Die russische Revolution und ihre ersten Versuche sozialistischer Wirtschaftspolitik. *Materialien 1917-1921*, in: *Das Argument* 15, 1973, H. 82, S. 768-803.

13 Etwa *McAuley*.

III. »WIR MÜSSEN ZUSCHLAGEN, ERBARMUNGSLOS ZUSCHLAGEN, OBWOHL WIR GEWALT IM GRUNDE ABLEHNEN« (Lenin)

Daß die Basis radikaler eingestellt war als die politische Führung und entschiedenere Maßnahmen forderte, war kein Einzelfall in der Geschichte jener Zeit. Dieses Verhalten und diese Spannung begünstigten auch die Entstehung gewalthafter Verhältnisse. Bereits zwischen den beiden Revolutionen des Jahres 1917 hatte die Radikalisierung der städtischen Arbeiterschaft – vorab der jüngeren – nicht nur die Bolschewiki zur immer stärker werdenden politischen Kraft gemacht, sondern diese auch zum Handeln gedrängt und diejenigen Parteiführer unterstützt, die zum Aufstandsversuch entschlossen waren.¹⁴ Ebenso gingen die ersten Gewaltakte nach dem Umsturz gegen tatsächliche oder vermeintliche Konterrevolutionäre nicht unbedingt von Bolschewiki aus. Ähnlich wie bei den spontanen Enteignungen der Unternehmer, bei der Verteilung privaten, »bürgerlichen« Wohnraums an Angehörige der Unterschichten oder bei den Vorgängen auf dem Land, wo sich viele Bauern – unabhängig von irgendwelchen gesetzlichen Bestimmungen – ihr Land selbst nahmen und die Gutsbesitzer vertrieben, folgten die Handlungen der Revolutionsanhänger keineswegs programmatischen Erklärungen der Kommunisten oder deren Anordnungen. Sie wollten ihre Existenz sichern, endlich Verbesserungen ihrer Lage sehen, mit der Einlösung der Hoffnung auf eine schöne Zukunft beginnen. Daneben bestand allerdings in dieser Situation offenbar auch eine Bereitschaft zur Gewalt, die sich bei der geringsten Kleinigkeit entladen konnte. In der Regel legalisierten und deckten Bolschewiki und Sowjetregierung die von ihnen ursprünglich nicht beabsichtigten Aktionen. Sie wollten sich nicht gegen diejenigen stellen, die den Revolutionsprozeß trugen und ihre Basis ausmachten. Darüber hinaus verschaffte ihnen dieses Vorgehen die Möglichkeiten, allmählich das unkontrollierte Handeln zu begrenzen und zu kanalisieren.¹⁵ Neben dieser Ordnungsvorstellung spielte allerdings auch eine theoretische Überlegung eine Rolle: Vorherrschend war eine Tradition des Denkens, die kapitalistische Gesellschaft als ein Gewaltverhältnis zu interpretieren, das letztlich durch revolutionäre Gewalt als Mittel zur Emanzipation überwunden werden müsse. Rational und zweckgerichtet eingesetzte Gewalt, um der sozialen Revolution zum Sieg zu verhelfen und deren Gegner zu schwächen, wurde somit als legitim angesehen.¹⁶

Doch im Rahmen dieser Entwicklung entstanden immer mehr Organe staatlicher Gewalt: die Außerordentliche Kommission zur Bekämpfung von Konterrevolution und Sabotage (ČK), die Revolutionären Tribunale, besondere Einrichtungen zur Durchführung der Enteignungen, bewaffnete Abteilungen zur Lebensmittelerfassung – um nur einige zu nennen. Diese Institutionalisierung »revolutionärer Gewalt« erreichte eine neue Qualität, als der Rat der Volkskommissare kurz nach dem Aufstandsversuch der Linken Sozialrevolutionäre und namentlich nach dem Attentat auf Lenin, aber auch in Reaktion auf den sich verschärfenden Bürgerkrieg am 5. September 1918 den »roten Massenterror« verkündete. Gewiß standen sich »roter« und »weißer« Terror an Ausmaß und Brutalität in nichts nach. Für die weitere Geschichte Sowjetrußlands wog indes besonders schwer, daß nun Gewalt zur Staatspraxis geworden war. Sie wurde jetzt nicht mehr begrenzt-zielgerichtet als revolu-

14 Vgl. Bernd Bonwetsch, Die russische Revolution 1917. Eine Sozialgeschichte von der Bauernbefreiung 1861 bis zum Oktoberumsturz, Darmstadt 1991, S. 150-161, hier insb. S. 159 ff.; Manfred Hildermeier, Die Russische Revolution 1905-1921, Frankfurt/Main 1989, S. 219-244.

15 Bonwetsch, S. 189-213; Hildermeier, Die Russische Revolution, S. 245-264.

16 Die theoretischen Vorstellungen führender Bolschewiki und Beispiele für die Vorgänge in der damaligen Zeit hat zusammengestellt Elfriede Katharina Müller, Die Bolschewiki und die Gewalt. Theorie, Praxis und Legitimation von Gewalt in der Russischen Revolution vom Juli 1917 bis ins Jahr 1921, unveröffentl. Magisterarbeit, Freiburg 1993, hier insb. S. 71-86.

tionärer Akt eingesetzt, konnte auch nicht mehr als Ausdruck spontaner Wut oder Interessen bezeichnet werden. Statt dessen handelten in der folgenden Zeit Staatsorgane, die sich zu kaum noch kontrollierten neuen Machtgebilden verselbständigten, vielfach willkürlich und unbegründet. Die staatliche Gewalt verlor ihre Funktion als Notwehr im Überlebenskampf gegen die Feinde im In- und Ausland und richtete sich in zahlreichen Fällen gegen Unschuldige.¹⁷

Der »rote Massenterror« war unter den Kommunisten keineswegs unumstritten. In Petrograd etwa konnte er gegen den Widerstand der dortigen Parteiorganisation erst nach energischer Intervention der Moskauer Zentrale durchgesetzt werden.¹⁸ Doch er folgte einer Linie, die innerhalb der Bolschewiki zunehmend Anhänger gewann, nämlich anstehende Probleme durch eine Stärkung der Staatsmacht zu lösen. Dafür nahm man – durchaus reflektiert – in Kauf, daß man von ursprünglichen Zielen abwich und zugunsten von Zentralisierung und Disziplin Selbstverwaltungsbestrebungen und Initiativen »von unten« zurückdrängte, sich damit auch nicht mehr unter den Druck radikaler Gruppen setzen lassen wollte. Dahinter standen nicht einfach Machthunger oder bewußte Strategie, sondern oft Hilflosigkeit, mit den Erfordernissen des Krieges, mit der wachsenden Not der Menschen, der Ernährungs- und Wohnsituation, den sich ausbreitenden Krankheiten fertig werden zu können.

So war dann das Jahr 1920, als sich der Bürgerkrieg seinem Ende entgegenneigte und sich Hoffnungen auf einen friedlichen Aufschwung verbreiteten, von Widersprüchlichkeit und Offenheit geprägt. Auf der einen Seite wurden etwa die Todesstrafe abgeschafft, die Macht der ČK beschnitten, die Rückkehr zu den Anfängen von 1917 proklamiert, Konzepte dezentraler Politik erörtert, die innerparteiliche Demokratie in erstaunlichem Ausmaß praktiziert und die künftige Wirtschaftsstrategie geplant, die in zehn bis fünfzehn Jahren die materielle Grundlage für den Sozialismus schaffen sollte. Auf der anderen Seite gab es einflußreiche Bestrebungen, die Erfahrungen aus der Kriegszeit auf die Friedensperiode zu übertragen und beispielsweise durch die »Militarisierung der Arbeit« den wirtschaftlichen Neuaufbau zu organisieren oder durch weitere Auflagen und Kontrollen die Agrarproduktion zu steigern. Allerdings war man sich in den Debatten dieses Jahres weitgehend einig darin, daß die Beibehaltung, ja Verstärkung der zentralisierten Staatsgewalt lediglich vorübergehend bleiben müsse. Gerechtfertigt wurde dies, so von Trockij, mit der Theorie, daß eine zunehmende »Verstaatung«, die immer mehr Menschen und Organisationen – bei der »Militarisierung der Arbeit« vor allem die Gewerkschaften – zu staatlichen Funktionsträgern mache, dialektisch schließlich zur Aufhebung des Staates führen werde.

Keine der beiden Richtungen konnte sich vollständig durchsetzen. Die Enttäuschung und Erbitterung über den Zusammenbruch aller hochgespannten Erwartungen zu Beginn des Jahres 1921 förderte jedoch die Akzeptanz von Gewalt. Arbeiter und Bauern machten ihrer Unzufriedenheit in Demonstrationen, Streiks und Aufständen Luft. Noch einmal mußte die Partei dem Druck sozialer Bewegungen nachgeben, ihre Politik ändern und sich bereitfinden, mit der Legalisierung kapitalistischer Elemente in der NEP einen Umweg zum Sozialismus einzuschlagen. Zugleich zog sie aber die Zügel politischer Kontrolle schärfer an, ging entschiedener als zuvor gegen die noch bestehenden nichtbolschewistischen Gruppierungen vor, stärkte erneut die Macht der ČK und insgesamt die Konzentra-

17 *George Legett*, *The Cheka: Lenin's Political Police. The All-Russian Extraordinary Commission for Combating Counter-Revolution and Sabotage (December 1917 to February 1922)*, 2. Aufl., Oxford 1986; *Lennard D. Gerson*, *The Secret Police in Lenin's Russia*, Philadelphia 1976; vgl. auch *Hildermeier*, *Die Russische Revolution*, S. 285-288; *Elfriede Müller*, S. 87 ff.

18 *McAuley*, S. 375-393, hier insb. S. 382. Vgl. auch *Dimitri Wolkogonow*, *Lenin. Utopie und Terror*, Düsseldorf etc. 1994, S. 252 f.

tion der Staatsgewalt. Die 1920 nicht nur unter Spitzenpolitikern, sondern auch unter zahlreichen einfachen Parteimitgliedern wie unter vielen Sympathisanten spürbare Aufbruchstimmung, die sich nicht zuletzt in einer bemerkenswerten kulturellen Vielfalt ausgedrückt hatte, schlug in Resignation und Apathie um. Dies wiederum erleichterte die Machtzusammenballung in der Zentrale. Allgemein scheint sich ein Bewußtsein in immer mehr Köpfen festgesetzt zu haben, daß zumindest in Krisensituationen die gewalthaften Problemlösungsstrategien, die sich zwischen 1917 und 1921 doch bewährt hatten, eine angemessene Antwort darstellten. Die Prägungen dieser Elemente des »Kriegskommunismus« entfalten ihre Wirkungsmacht und dürften den Übergang zum Stalinismus Ende der 1920er Jahre begünstigt haben.¹⁹

Eben dies wäre noch genauer zu untersuchen. Sicher muß auch vor dem Hintergrund erst nach der Öffnung der Archive aufgetauchter Quellen die Politik der Bolschewiki, müssen Denken und Verhalten führender Bolschewiki – mit Lenin an der Spitze – neu analysiert werden.²⁰ Dabei wird man schärfer als bisher fragen müssen, wie deren Einstellung zur Gewalt beschaffen war – für viele Kommunisten ist bezeugt, daß sie danach strebten, die Gewalt abzuschaffen, jedoch unter den gegebenen Verhältnissen keine andere Wahl sahen –, unter welchen Umständen der Entschluß zur Gewaltanwendung zustande kam, wie er im Zusammenhang – auch ihrer sonstigen Vorstellungen – zu beurteilen ist. Intensiv ist zu prüfen, inwieweit der Bürgerkrieg, die Phase des »roten Massenterrors« und der Übergang zur NEP samt der Enttäuschung über das Scheitern des Anlaufs, auf unmittelbarem Weg den Sozialismus zu erreichen, dazu beitrugen, daß Gewalt als Staatspraxis nun für eine längere Zeit als »normal« angesehen wurde. Auch wenn 1921 der Stalinismus noch nicht deterministisch unausweichlich war und es – nicht von vornherein aussichtslose – Alternativen gab, so gehört der Einsatz von Gewalt doch zu den entscheidenden Faktoren, die Sowjetrußland immer weiter von den Ansprüchen und Zielen der Oktoberrevolution entfernten.

Mindestens ebenso wichtig ist es zu untersuchen, in welcher Weise und mit welchen Folgen die Gewaltmaßnahmen jener Jahre Denken und Verhalten der Bevölkerung prägten, deren Alltag davon bestimmt wurde. Hier wird man nach Generationen, Geschlechtszugehörigkeit, Herkunft, soziokulturellem Milieu, Stadt und Land unterscheiden müssen. Zu erforschen sind die Erfahrungen und Verarbeitungen des Krieges, des Terrors und anderer Formen der Gewalt im Zusammenhang mit der Wahrnehmung der Politik von Partei und Sowjetregierung. Gab es etwa bei Angehörigen der Roten Armee, gerade bei jüngeren Soldaten, die sich freiwillig gemeldet hatten, einen Gewöhnungsprozeß auch an brutale Terrorakte gegenüber den »Weißen«, den Kulaken und all den anderen, die man für Helfershelfer der Konterrevolution hielt? Welche Rolle spielten dabei der Konformitätsdruck in der Gruppe, die Begeisterung für die Ziele der Revolution, die Propaganda und Legitimierung durch die Führung, die Handlungen der Gegenseite? Wie veränderte sich dadurch die Persönlichkeit?²¹ Läßt sich feststellen, welche Nachwirkungen diese Erfahrungen in den Nachkriegsjahren hatten? Knüpften die Gewaltverherrlichung, namentlich der Helden der

19 Für Petrograd zeigt *McAuley* diesen Prozeß anschaulich. Zur Aufbruch-Stimmung auch *Gorzka*, S. 132-140. Für die Ambivalenz im Jahre 1920 vgl. *Haumann*, Beginn.

20 Zu Lenin jetzt *Wolkogonow*, der die neu entdeckten Quellen zusammengestellt hat, dem jedoch die Empörung über die Desillusionierung anzumerken ist. Vgl. *Benno Ennker*, Ende des Mythos? Lenin in der Kontroverse, in: *Geyer*, S. 54-74.

21 Vgl. die in einem anderen Zusammenhang gewonnenen, aber vergleichend zu nutzenden erschreckenden Ergebnisse von *Christopher R. Browning*, Ganz normale Männer. Das Reserve-Polizeibattillon 101 und die »Endlösung« in Polen, Reinbek 1993. Selbstverständlich sind auch Theorien und Ergebnisse anderer Disziplinen bei der Analyse von Aggression und Gewalt in die Untersuchung einzubeziehen; vgl. etwa *Udo Rauchfleisch*, Allgegenwart von Gewalt, Göttingen 1992.

Roten Armee, auf Plakaten und in der sonstigen Propaganda, in Filmen, in der Literatur – nicht zuletzt der Kinder- und Jugendliteratur – an diesen Erfahrungen an, verstärkten sie diese und vermittelten sie entsprechende Einstellungen an die nächste Generation? Trug die Darstellung des »Kriegskommunismus« insgesamt als »heroischer Periode der großen russischen Revolution«²² dazu bei, gewalthafte Konfliktlösungsmuster für legitim zu halten, um die Ziele des gesellschaftlichen Neuaufbaus zu erreichen? Welchen Nutzen zog die politische Führung aus diesen Prägungen, wie wirkte sie darauf ein, wie wurde sie selbst davon beeinflusst, in welchem Wechselverhältnis standen Verhaltensweisen der Menschen und politische Maßnahmen? Der Blick auf vergleichbare Entwicklungen – etwa auf die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg in Deutschland mit ihrer hohen Militanzbereitschaft oder auf das »Dritte Reich« – vermag dabei zu helfen, die Fragestellungen zu präzisieren, die Untersuchungsfelder abzustecken und die Auswertungen vorzunehmen.²³

Bei derartigen Forschungen bietet sich ein Ansatz an, der von der Lebenswelt einzelner Menschen ausgeht. Im Begriff der Lebenswelt bündelt sich das Wechselverhältnis von Individuum und Struktur. Er umfaßt die wirtschaftliche und soziale Lage des Menschen, seine Lebensverhältnisse und seine unmittelbare Umwelt, die Einflüsse der politischen und gesellschaftlichen Ordnung und zugleich die Erfahrungen, Wahrnehmungs-, Denk- und Verarbeitungsweisen, die sich im Verhalten äußern, die Einstellungen, Normen und Werte, die symbolische Ordnung samt ihren Verschlüsselungen und Codes. Über den Zugang zu einer Lebenswelt kommt die alltägliche Praxis des Individuums ebenso ins Blickfeld wie – als kulturelle Perspektive – dessen Beziehungen zu den Strukturen der Gesellschaft. Und da das Individuum nicht isoliert existiert, sondern in einem Kommunikationsprozeß steht, erschließen sich zugleich die Verbindungen zu anderen Lebenswelten und über sie Schritt für Schritt die Beziehungsgeflechte vieler Individuen in ihrer Vernetzung mit der strukturellen Vielschichtigkeit der Gesellschaft. Exemplarisch können wir dann über die Einsicht in eine Vielzahl von Wirklichkeiten und daraus herrührender Sichtweisen hinaus gesellschaftliche Zusammenhänge und Prozesse nachzeichnen, die die historischen Vorgänge verständlicher machen als eine Konzentration auf die »großen Linien« der Politik und deren Handlungsträger.²⁴

IV. UTOPIE UND PRAXIS

Dieser lebensweltlich orientierte Ansatz kann sich gerade dann bewähren, wenn man den Zusammenhang damaliger Zielvorstellungen und Utopien mit den tatsächlichen Verhältnissen und der Praxis der Handelnden neu überdenken will. Ihren faszinierendsten Ausdruck fanden die Utopien des »Kriegskommunismus« in dem Ende 1920 vorgelegten Plan

22 *Leo N. Kritzman*, Die heroische Periode der großen russischen Revolution, Nachdruck der Ausgabe von 1929 mit einer Einleitung von Heiko Haumann, Frankfurt/Main 1971. Dieses Buch ist allerdings keineswegs eine einseitige Heroisierung des »Kriegskommunismus«.

23 In einer Zusammenarbeit der beiden Bereiche für osteuropäische Geschichte an den Historischen Seminaren der Universitäten Freiburg und Basel wird derzeit – unter der Leitung von Stefan Plaggenborg und mir – ein Forschungsprojekt zum Thema »Jugend und Gewalt in der Sowjetunion 1917-1941« vorbereitet, das ähnlichen Zielsetzungen folgt. Ich verzichte hier deshalb auf weiterführende Literaturhinweise.

24 Zu diesem Ansatz, der hier nur sehr verkürzt dargestellt wird, neuerdings *Olivia Hochstrasser*, Ein Haus und seine Menschen 1549-1989. Ein Versuch zum Verhältnis von Mikroforschung und Sozialgeschichte, Tübingen 1993; *Heiko Haumann/Martin Schaffner*, Überlegungen zur Arbeit mit dem Kulturbegriff in den Geschichtswissenschaften, in: *uni nova*. Mitteilungen aus der Universität Basel, hrsg. v. Rektorat, Nr. 70, 1994, S. 18-21.

der Staatlichen Kommission für die Elektrifizierung Rußlands (GOËLRO), dem ersten Gesamtwirtschaftsplan überhaupt.²⁵ Mit ihm sollten auf modernster technischer Grundlage und in einer Verbindung von zentralistischen und dezentralen Elementen innerhalb von zehn bis fünfzehn Jahren die materiellen Voraussetzungen für den Sozialismus geschaffen werden. Das Schlüsselglied bildete dabei die umfassende Elektrifizierung, die seinerzeit zukunftsweisende Technologie. Sie werde dazu dienen – so erwarteten die Fachleute –, nicht nur die Produktion rasch zu steigern, sondern auch die Arbeitsprozesse zu vereinfachen, die Aufhebung der Trennung von geistiger und körperlicher Arbeit vorzubereiten, die »Ausbeutung des Menschen durch den Menschen« zu beenden – eben weil am Ende nur noch Maschinen arbeiten und die Menschen diese lenken würden – und insgesamt die Herausbildung eines neuen Menschen zu fördern. Wenn also Lenin seine Begeisterung über den GOËLRO-Plan in die Losung faßte: »Kommunismus – das ist Sowjetmacht plus Elektrifizierung des ganzen Landes«, so war hier die Technik als entscheidender wirtschaftlicher Hebel untrennbar mit gesellschaftspolitischen Zielen verbunden. Es breche eine Zeit an, in der die Ingenieure und Agronomen allmählich die Politiker ersetzen. Dies könne durchaus als Vorbild für die künftige sozialistische Weltgesellschaft dienen.²⁶

Die Kommission, die aus ausgezeichneten, überwiegend nichtkommunistischen Elektrifizierungs-, Wirtschafts- und Planungsspezialisten bestand und von Gleb M. Kržižanovskij, einem Elektrotechniker und langjährigen Parteimitglied, geleitet wurde, arbeitete den Plan in einer Zeit tiefster Not und wirtschaftlicher Zerrüttung aus. Sie sah gerade in diesem Zustand die Möglichkeit, einen vollständigen Neuaufbau anstatt einer Wiederherstellung der alten Wirtschaftsstruktur vorzunehmen und dadurch besonders hohe Wachstumsraten zu erzielen. Dabei vertraute sie, beeinflußt durch das damals nicht nur in Rußland weit verbreitete »energetische« Denken, auf die schöpferische Kraft und Energie, die der »Kollektivgeist des werktätigen Volkes« entfalte, in Verbindung mit den Vorteilen der Elektrifizierung. So wie die Dampfmaschine das Symbol des Kapitalismus gewesen sei, werde die Elektrizität das Symbol des sozialistischen Zeitalters werden, meinte Kržižanovskij. Daß dies keineswegs rein technisch gedacht war, zeigte M. G. Gerasimov, einer der Dichter der »Proletkult«-Bewegung, als er 1920 von der »Elektrifizierung der Seelen« sprach.²⁷

Die Zielsetzung wurde nicht zuletzt in den Überlegungen zur Gestaltung der Landwirtschaft deutlich. Nach langen und kontroversen Diskussionen, die zwischen der Hilfe für individuelle Bauernwirtschaften auf der Basis von Marktmechanismen und der Unterstützung einer freiwilligen Kollektivierung schwankten, setzte sich eine Auffassung durch, die »das kleine Bäuerlein elektrifizieren« wollte. Durch die Elektrifizierung könnten zahlreiche Arbeitsvorgänge im Dorf erleichtert und verbessert sowie die Verarbeitung agrarischer Erzeugnisse auf eine höhere Stufe gestellt werden. Auf diese Weise sei es möglich, das Niveau der bäuerlichen Einzelhöfe erheblich zu steigern. Zugleich könne man durch voll elektrifizierte und maschinisierte Musterwirtschaften den Zusammenschluß zu Genossenschaften und Kollektivbetrieben anregen. Die Befürworter dieser Konzeption hofften, daß sich mit der Elektrifizierung »die ganze Psychologie des Dorfes ändern« werde. Diese Er-

25 Das folgende nach *Cummins, Coopersmith* und *Haumann*, Beginn.

26 Lenin verwendete diese Formel mehrfach. Am ausführlichsten ist der Zusammenhang dargestellt in seiner Rede auf dem Achten Sowjetkongreß Ende Dezember 1920; vgl. *Lenin*, Werke, Bd. 31, S. 510-515. Daß Elektrifizierung im Unterschied zum Stalinismus nicht nur mit Technisierung gleichzusetzen ist, muß betont werden.

27 *M. P. Gerasimov*, Elektrifizierung, in: *Richard Lorenz* (Hrsg.), *Proletarische Kulturrevolution in Sowjetrußland (1917-1921)*. Dokumente des »Proletkult«, München 1969, S. 98-103.

wartung schwang auch mit, wenn von der »Aufklärung durch Licht« gerade auf dem Land gesprochen wurde: Die elektrische Beleuchtung schaffe die Voraussetzungen, um lesen und sich bilden zu können, doch zugleich erleuchte die Aufklärung den Menschen. »Elektrifiziert« werde er mit revolutionärer Energie das Leben neu gestalten. So wollte dann auch Kržižanovskij den Bauern die »elektrische Ware« als Tauschgegenstand gegen Lebensmittel anbieten, wodurch »ein neues Gebiet für harmonische Beziehungen zwischen Stadt und Dorf« entstehe.²⁸

Mit diesen Vorstellungen ordneten sich Kržižanovskij und die GOËLRO-Kommission in die unter den Bolschewiki vorherrschenden programmatischen Zielsetzungen ein, wie denn der unmittelbare Aufbau des Sozialismus aussehen solle. Da die Verbindung zwischen Stadt und Land, zwischen Arbeitern und Bauern als das wichtigste Element in diesem Prozeß angesehen wurde, banden sich die beabsichtigten Phasen an entsprechende Tauschbeziehungen. Dringend notwendig war zunächst die Zunahme der Lebensmittellieferungen in die Städte. Für die Abgabe ihrer Überschußprodukte an den staatlichen Beschaffungs- und Verteilungsapparat sollten die Bauern als Gegenleistung von ihnen benötigte städtische Waren erhalten. Dabei war den Kommunisten klar, daß aufgrund der überkommenen industriellen Produktionsstruktur und des gegenwärtigen wirtschaftlichen Zustandes die Bauern mit einer Benachteiligung rechnen mußten. Lenin sprach davon, daß die Sowjetmacht vorübergehend zum »Schuldner« der Bauern werde.²⁹ Sie würden dies, so hoffte man, akzeptieren – in Anerkennung des Dekretes, das unmittelbar nach dem Oktoberumsturz von 1917 die Gutsbesitzer enteignet und den Bauern das Land zur privaten Nutzung übergeben hatte. Darüber hinaus erwartete man, daß sie auf die Absicht der Bolschewiki vertrauten, die erhaltenen Mittel auf den Wieder- und Neuaufbau der Industrie zu konzentrieren, um möglichst rasch von der ersten Phase, dem »inäquivalenten Austausch zwischen Stadt und Land«, zur zweiten Phase zu gelangen, dem »äquivalenten« oder »Warenaustausch«. Hier werde es dann keinerlei Benachteiligung mehr geben, und zugleich würden planmäßig die Voraussetzungen für die dritte Phase, den Kommunismus, geschaffen. In ihr werde die Bevölkerung im »Produktaustausch« einer Gemeinwirtschaft »freier Assoziationen« – ohne den Zwang, auf Äquivalenzen Rücksicht nehmen zu müssen – gemäß ihren Bedürfnissen leben.³⁰

Mit diesem Programm versuchten die Bolschewiki, in fast wörtlicher Umsetzung einiger Äußerungen von Marx und Engels, ergänzt durch konkrete Planvorgaben für die nächsten zehn bis fünfzehn Jahre, eine neue, herrschaftsfreie Gesellschaft zu erreichen. Anfang 1921 wurde offenbar, daß keine Aussicht auf seine Verwirklichung bestand. Die Bauern hatten die ihnen zgedachte Rolle nicht spielen wollen. Sie lieferten ihre Überschüsse nicht im erwarteten Maße ab und drückten ihren Unmut über das unzureichende städtische Warenangebot aus. Da die Ernährungslage in den Städten immer schlimmer wurde, entsandte die Regierung bewaffnete Abteilungen in die Dörfer, um die Abgaben einzutreiben. Dadurch verstärkte sich die Verweigerungshaltung der Bauern, sie versteckten ihre Produkte und handelten eher auf dem Schwarzmarkt. Die Gewalt eskalierte und entlud sich in einer Welle von Aufständen und Unruhen, die ihren Höhepunkt zwischen Herbst 1920 und

28 Ausführlicher gehe ich – in größerem Zusammenhang – auf diese Konzeption ein in: »Das kleine Bäuerlein elektrifizieren...« Agrarfrage und Agrarpolitik in Rußland von der Bauernbefreiung bis zur Kollektivierung (erscheint demnächst in der Publikation einer Vortragsreihe an der Universität Hohenheim zu ihrem 175jährigen Jubiläum). Zitatnachweise in *Haumann*, Beginn, S. 109, S. 111, S. 122.

29 *Lenin*, Bd. 31, S. 502 f.

30 Vgl. *Haumann*, Die russische Revolution, speziell zum »Produktaustausch« S. 793-800. Die Verbindung mit der Agrarfrage ist in meinem in Anm. 28 zitierten Aufsatz erläutert.

Frühjahr 1921 fanden und erst mit einem – in der Parteiführung nicht unumstrittenen – massiven Truppeneinsatz niedergeschlagen werden konnten.³¹ Als sich dann zu Beginn des Jahres 1921 die Wirtschaftslage – nach einem Hoffnungsschimmer gegen Ende 1920 – erneut drastisch verschlechterte und das Land in einen beinahe ausweglosen Notstand geriet, gegen den auch zahlreiche Arbeiter und im März schließlich die Kronstädter Matrosen protestierten, wurde die Abkehr von dem Programm unvermeidlich. Die Bolschewiki versuchten, beim Übergang zur NEP so viel wie möglich davon zu retten, mußten aber im Laufe des Jahres einen vollständigen Rückzug antreten. Im Oktober 1921 stellte Lenin fest: »Der Warenaustausch war ein Fehlschlag, der Privatmarkt hat sich als stärker erwiesen als wir, und statt des Warenaustausches ist gewöhnlicher Kauf und Verkauf, ist Handel zustande gekommen. [...] wir müssen stets daran denken, daß der nächste Übergang kein unmittelbarer Übergang zum sozialistischen Aufbau sein kann.«³²

Die Utopie der herrschaftsfreien Gesellschaft brach sich somit an der Not der Menschen und an ihrem Widerstand gegen die bolschewistische Politik, die ihnen viel versprach, aber immer nur mehr Leid verschaffte. Lag deshalb schon im Ansatz dieser Utopie der Keim des Scheiterns? War die Kluft zu den tatsächlichen Verhältnissen nicht überwindbar? Um diese Fragen zu beantworten, wird man nicht nur den Voraussetzungen und Realisierungsmöglichkeiten des GOËLRO-Planes nachgehen müssen, sondern auch den Anknüpfungspunkten für das Gesamtprogramm an den Lebenswelten der Menschen und deren Reaktionen darauf. Der Elektrifizierungsplan beruhte auf sorgfältigen methodischen Verfahren – grundlegend für jede spätere Planarbeit –, und seine Verwirklichung konnte unter den gegebenen Bedingungen als durchaus realistisch eingeschätzt werden.³³ Bekannt gewordene Reaktionen von Bauern auf die »elektrische Ware« – Beleuchtung des Dorfes, Elektrifizierung von Arbeitsvorgängen, Bau von Kraftwerken – stimmten optimistisch. 1921 wurden Vorhaben in Angriff genommen, durch die Errichtung von Kleinkraftwerken, unter Nutzung von Wind- und Wasserenergie sowie lokalen Brennstoffvorräten, die ländliche Elektrifizierung voranzutreiben.³⁴ Kržižanovskij behauptete, Bauern hätten der Sowjetmacht Lebensmittel zur Verfügung gestellt, als ihr Dorf elektrisches Licht erhalten habe – der »Warenaustausch« könne somit funktionieren.³⁵

Diese Konzeption war auch keineswegs völlig aus der Luft – oder allein aus den Schriften von Marx und Engels – gegriffen. Seit 1917 hat es immer wieder Beispiele für einen Aus-

31 Der Grad der Gewalt lag bei den aufständischen Bauern nicht niedriger als bei den Einheiten der Sowjetregierung. Im übrigen war den Bolschewiki durchaus bewußt, daß ihre Ablieferungsvorgaben zu hoch gewesen waren und die Requisitionskommandos von den Bauern als »Fremdherrschaft« empfunden wurden. Vgl. *Eberhard Müller*, Autonome Bewegungen des Volkskrieges in Sowjetrußland nach der Revolution von 1917, in: *Gerhard Schulz* (Hrsg.), *Partisanen und Volkskrieg. Zur Revolutionierung des Krieges im 20. Jahrhundert*, Göttingen 1985, S. 35-56, hier S. 50 f. *Wolkogonov*, S. 325, weist darauf hin, daß Bucharin am 2. 2. 1921 im Politbüro mit Erfolg vorschlug, durch ökonomische Zugeständnisse an die Bauern deren Aufstand im Gouvernement Tambov einzudämmen. Als dies offenbar wenig half, beschloß man am 27. 4. in Abwesenheit Bucharins den Truppeneinsatz. Im Grunde stellte die NEP den Versuch dar, wieder zu ökonomischen Beziehungen zurückzukehren, allerdings mit der Bereitschaft, auf gewaltsame Mittel zurückzugreifen, wenn man es für notwendig halte; im politischen Bereich erfolgte ohnehin eine Machtkonzentration. Die Zeit zwischen 1921 und 1929, der Wende zum Stalinismus, verlief keineswegs geradlinig. Immer wieder gab es Ansätze, sich den Lebenswelten der Menschen anzunähern oder zumindest Aufklärung vor Gewalt zu setzen.

32 *Lenin*, Bd. 33, S. 76 f.

33 Wie Anm. 25.

34 *Haumann*, Beginn, S. 109 f., S. 178 f., S. 188-190.

35 *G. Krshishanowski*, Bemerkungen zur Elektrifizierung, in: *Russische Korrespondenz 1921*, Bd. 2, S. 745 f.

tausch gegeben, deren Wirkung auf das politische Denken der Bolschewiki im einzelnen noch nicht untersucht sind. So zitierte am 12. September 1917 ein Mitglied des Fabrikkomitees der Pulilov-Werke in Petrograd den bäuerlichen Ausspruch: »Gebt uns landwirtschaftliche Geräte, dann werden wir Brot geben.« Mehrere Fabrikkomitees dieser Stadt entschlossen sich deshalb, um die Ernährung der Arbeiterschaft ihrer Betriebe zu sichern, entweder einen Teil der betrieblichen Produktion auf solche Geräte umzustellen oder kostenlos in der Freizeit dafür zu arbeiten.³⁶ Auch nach dem Oktoberumsturz versuchten zahlreiche Industrieunternehmen, in unmittelbarem Kontakt mit Dörfern Lebensmittel im Austausch gegen ihre Erzeugnisse zu erhalten. Ob dabei die Herkunft ihrer Arbeiter, die oft in Landsmannschaften organisiert waren, eine Rolle spielte, verdient eine nähere Überprüfung. Der Gedanke eines unmittelbaren Warenaustausches war darüber hinaus keineswegs auf einige Bolschewiki oder Sympathisanten beschränkt. Er gehörte etwa zu den Kernbestandteilen der bäuerlich-anarchistischen Machno-Bewegung in der Ukraine und schlug sich auch in einigen programmatischen Dokumenten nieder. Anfang 1919 wurde er sogar einmal in die Tat umgesetzt: Die Machnovščiki entsandten einen Zug Getreide nach Moskau, dafür wurden ihnen als Gegenleistung Industriegüter zur Verfügung gestellt.³⁷

Gab es demnach in dieser wichtigen Frage Berührungspunkte, denen weiter nachzugehen sein wird, so lassen sich in anderen Bereichen weitere Bestrebungen entdecken, an bäuerlichen Lebenswelten anzuknüpfen.³⁸ Den Bolschewiki war sehr bewußt, daß sich ohne die Unterstützung der Bauern die Oktoberrevolution nicht auf ganz Rußland hätte ausdehnen können. Führende Kommunisten suchten deshalb nach einem Weg, über das sozialrevolutionäre Potential in der Bauernschaft das gemeinsame Bündnis für die Zukunft zu sichern. Ein besonderer Stellenwert kam dabei den zahlreichen Sekten und Abspaltungen von der Orthodoxen Kirche – vorab den Altgläubigen – zu. Das volksreligiöse Gedankengut der Sekten, das in Opposition zur Staatskirche wie zum autokratischen Staat selbst gestanden hatte, war unter den Bauern weit verbreitet. Über deren Endzeiterwartungen in einer sozial gerechten, herrschaftsfreien, im christlichen Sinn kommunistischen Gesellschaft, über deren häufige kollektive Lebensformen, das Prinzip der gegenseitigen Hilfe – der *krugovaja poruka* –, ihren Widerstandsgeist und den Stolz auf die Arbeitsleistung flossen Verbindungslinien zu marxistischen Vorstellungen. Bolschewiki, die sich dieser Welt annäherten, lösten sich von einer schematischen Anwendung der Prinzipien des Klassenkampfes und des Atheismus. Hier schimmerte die Möglichkeit durch, daß die Sektenangehörigen eine Mittlerfunktion übernehmen könnten und damit die Kommunisten nicht

36 *Fabrično-zavodskie komitety Petrograda v 1917 godu. Protokoly* (Red. koll.: I. I. Minc u. a., sost.: B. D. Gal'perina), Moskva 1979, S. 82, S. 134, S. 297, S. 302, S. 313, S. 344, S. 396, S. 476 f. (Zitat), S. 577-579.

37 *Dahlmann*, Land und Freiheit, S. 106, S. 111, S. 123, S. 125, S. 137, S. 139. *Müller*, Autonome Bewegungen, S. 52, erwähnt einen zweiten Versand von Getreide zum Warenaustausch nach Moskau. Weder bei *Müller*, S. 48, noch bei *Dahlmann* wird klar, warum die Arbeiter diesem Warenaustausch skeptisch gegenüberstanden, wenn ihnen die Bauern doch Getreide anboten. Zur Bedeutung der Landsmannschaften für die Beziehungen zwischen Stadt und Land vgl. *Heiko Haumann*, »Ich habe gedacht, daß die Arbeiter in den Städten besser leben.« Arbeiter bäuerlicher Herkunft in der Industrialisierung des Zarenreiches und der frühen Sowjetunion, in: *Schweizerische Zeitschrift für Geschichte* 43, 1993, S. 42-60.

38 Diese sind noch viel zu wenig erforscht. *Helmut Altrichters* Studie ist bislang ein Einzelfall geblieben: *Die Bauern von Tver. Vom Leben auf dem russischen Dorfe zwischen Revolution und Kollektivierung*, München 1984. Im übrigen war es vielleicht auch, wenn von der »Elektrifizierung der Seelen« gesprochen wurde, nicht ausgeschlossen, daß man Zugang zu den Gefühlen der Menschen gewinnen und diesen nicht einfach Fortschrittsvorstellungen überstülpen wollte, doch gewiß ist eine solche Äußerung höchst ambivalent.

mehr als »Fremde im Dorf« auftauchten, als die sie bislang überwiegend angesehen wurden.³⁹ Die herausragende Persönlichkeit – aber durchaus kein völliger Außenseiter – unter den Bolschewiki, die diesen Weg gehen wollten, war Vladimir D. Bonč-Bruevič, der sich bereits in der vorrevolutionären Zeit intensiv mit den russischen Sekten und der Volksreligiosität beschäftigt hatte, in guten Beziehungen zu Lenin stand und zwischen 1917 und 1920 immerhin die Geschäftsführung des Rates der Volkskommissare wahrnahm.⁴⁰

Letztlich gelang es jedoch nicht, diese Verbindungslinien zu stabilisieren und auszubauen. Offenbar empfand es die Mehrheit der bolschewistischen Politiker nicht als Widerspruch, für ein Bündnis mit den Bauern – zumindest den »werktätigen« – einzutreten und den Warenaustausch anzukündigen, gleichzeitig aber den Klassenkampf auf dem Land organisieren zu wollen und bewaffnete Requirierungskommandos in die Dörfer zu schicken. Gewiß war die »ausgleichende Verteilung«, die *razverstka*, wie die Politik der Ablieferungspflicht bezeichnet wurde, ursprünglich als Teil des Warenaustausches gedacht gewesen, ebenso wie 1921 dann die Naturalsteuer.⁴¹ Daß versucht wurde, sie auch mit Gewalt durchzusetzen, mußte allerdings die ökonomischen Beziehungen empfindlich stören. Nahm man dies in Kauf, weil man davon ausging, es handele sich um eine vorübergehende, kriegsbedingte Erscheinung, in der kommenden Friedenszeit würden die Bauern schon erkennen, wo ihre wahren Interessen lägen? Oder drückte sich hierin eine Enttäuschung vieler Bolschewiki darüber aus, daß die Bauern die in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllten, den »inäquivalenten Austausch« nicht akzeptierten, sich mit dem Land-Dekret vom Oktober 1917 nicht zufrieden gaben? Möglicherweise wirkte sich hier eine schwerwiegende Fehleinschätzung aus. Die Bolschewiki waren – wie die meisten Zeitgenossen – davon überzeugt, daß die Bauern als Hauptleidtragende der zaristischen Industrialisierungsstrategie betrachtet werden müßten. Da die Revolution sie von erheblichen Belastungen befreit habe, sei ihnen eine zeitweilige Benachteiligung zuzumuten. Nach neueren Forschungen entsprach diese Wahrnehmung nicht der tatsächlich während des Zarismus verfolgten Politik. Die Bauern könnten deshalb unter den Maßnahmen der Sowjetregierung eine radikale Abkehr von dem seit den 1880er Jahren erkennbaren Trend verstanden haben, staatliche Akkumulationsquellen mehr aus der Stadt als aus dem Land zu schöpfen.⁴² Vielleicht erklärt das ihren erbitterten Widerstand. Ebenso wäre zu prüfen, welche Erfahrungen sie mit der Agrarpolitik der zaristischen Regierung während des Ersten Weltkrieges – die in dessen Endphase auch schon eine *razverstka* kannte – gemacht hatten und wie sie vor diesem Hintergrund den bolschewistischen Versuch einschätzten.⁴³ Trotz ihrer Ablehnung der Requirierung unterstützte die Bauernschaft mehrheitlich die Sowjetordnung und die Rote Armee, weil sie bei einem Sieg der »Weißen« eine Rückkehr zu den alten Zuständen befürchtete. Möglicherweise war es gerade der Einsatz von Gewalt auch am Ende des Bürgerkrieges – bei der Beschlagnahme von Getreide wie etwa, unter Bruch eines Abkommens,

39 Vgl. *Rex Rexheuser*, *Der Fremde im Dorf. Versuch über ein Motiv der neueren russischen Geschichte (17.-19. Jahrhundert)*, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 25, 1977, S. 494-512.

40 *Eberhard Müller*, *Opportunismus oder Utopie? V. D. Bonč-Bruevič und die russischen Sekten vor und nach der Revolution*, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 35, 1987, S. 509-533; *Plaggenborg*, *Volksreligiosität* (er weist auch darauf hin, daß in dieser Zeit eine antireligiöse Propaganda »nur sporadisch und improvisiert« stattfand, S. 115). Einen Überblick über die nicht in der Orthodoxen Kirche organisierten religiösen Gruppen und die Politik des zaristischen Staates ihnen gegenüber gibt *Ralph Tuchtenhagen*, *Religion als minderere Status. Staatliche Politik gegenüber religiösen Minderheiten in der verfaßten Gesellschaft des Russischen Reiches 1905-1917*, Diss. Freiburg 1992.

41 Nachweise bei *Haumann*, »Kriegskommunismus«, S. 102, Anm. 20-27.

42 Vgl. *Haumann*, *Die Wirtschaft*, S. 1212-1219.

43 Dazu zuletzt *Lih*, S. 32 ff., S. 167 ff.

im November 1920 gegenüber den Machno-Truppen –, der zahlreiche Bauern zu der Auffassung brachte, mit den Bolschewiki werde es keine Verständigung geben.⁴⁴

Wenn die Mehrheit der Bolschewiki – aus welchen Gründen auch immer – so leicht den Weg der Überzeugung, der Kommunikation, des Dialogs, der ökonomischen und kulturellen Beziehungen verließ, so läßt sich daraus schließen, daß es ihnen schwerfiel, die »Fremdheit« den Bauern gegenüber zu überwinden, sich in deren Lebenswelten hineinzusetzen. Dies scheint ohnehin ein Grundzug bolschewistisches Denkens zu sein: sich in der Regel den Menschen »von außen« oder gar »von oben« zu nähern. Entsprechend deren Verhalten dann nicht dem Bild und der Erwartung, die man sich gemacht hatte, so trat der Aufbau eines Feind-Stereotyps ein. Dies konnte unter den damaligen Verhältnissen schnell in Gewalt umschlagen. Es gelang nicht, die Ambivalenz der Lage zwischen hochgesteckten Ansprüchen und der Not zu vermitteln – und die Bolschewiki versuchten es auch nicht in ausreichendem Maße. Als sich die Situation erneut verschlechterte, verwandelten sich Begeisterung und Hoffnung in Empörung und Enttäuschung, in Gewaltbereitschaft und Apathie. Je mehr sich dann Parteispitze und Bevölkerung entfremdeten, je weiter die Zielsetzungen und die praktischen Möglichkeiten, diese einzulösen, auseinanderklafften, desto stärker wurden die Macht konzentriert und im Konfliktfall gewaltsame Mittel eingesetzt. Anfänglich als situationsbedingt angesehen, galt Gewalt immer häufiger als scheinbar bewährtes Problemlösungsinstrument, bis in den 1920er Jahren Militanz und Gewalttätigkeit zunehmend zum »Ersatzritus für das nicht Erreichbare« und während des Stalinismus vollends zum Systemmerkmal gerieten.⁴⁵ Nicht weil die Utopie keinerlei Bezugspunkt zu den Wirklichkeiten gehabt hätte, scheiterte das Experiment eines unmittelbaren Weges zum Sozialismus, sondern weil sie auch unter Einsatz von Gewalt erreicht werden sollte und damit einen Widerspruch zu ihrem eigenen Anspruch darstellte.⁴⁶ Anders als zu späteren Zeiten hatten die Menschen damals eine Perspektive, die nicht nur aus materiellen Kennziffern bestand, aber sie erwies sich nicht als tragfähig.

44 Eine eindringliche Beschreibung der Wirkung des bolschewistischen Verhaltens bei *Victor Serge*, Beruf: Revolutionär. Erinnerungen 1901 – 1917 – 1941, Frankfurt/Main 1967, S. 141. Vgl. *Müller*, Autonome Bewegungen, der S. 52 betont: »Die sadistische Grausamkeit, die an der Antonovščina [der militanten Bauernbewegung im Gouvernemet Tambov, H. H.] erschreckend auffällt, sollte wohl weniger auf Antonovs Individualcharakter oder auf die dumpfe Brutalität des russischen Bauern überhaupt (Gorki), als auf den enormen Stau ohnmächtiger Wut zurückgeführt werden, den die äußerste Frustration von der Revolution freigesetzter Erwartungen erzeugt hatte.«

45 *Plaggenborg*, Menschenbilder, S. 485.

46 Zu einlinig scheint mir nach dem Gesagten die in der Diskussion in Rußland geäußerte Interpretation, die Utopie sei an der Macht gewesen und habe mit allen Mitteln die Wirklichkeit nach ihrem Bilde formen wollen. Ebenso ist die Herleitung gewalthafter Lösungsmuster aus der autokratischen Tradition differenziert zu überprüfen. Vgl. *Manfred Hildermeier*, Revolution und Revolutionsgeschichte, in: *Geyer*, S. 32-53.